

Kiel, den 26.09.2024

## Presseinformation

### **Der Haushaltsentwurf der Landesregierung ist ein Schlag gegen die Bildungsgerechtigkeit**

Die Landesregierung hat einen Haushaltsentwurf vorgelegt. Der Gemeinschaftsschulverband lehnt die darin vorgesehenen Kürzungen im Bildungsbereich entschieden ab.

Die Unterrichtsversorgung soll auf 100% abgesenkt werden. Eltern, die das lesen, werden sich die Augen reiben – ja, bislang gab es 101%. Also jederzeit wurden alle Unterrichtsstunden gegeben und einige Lehrkräfte hatten nichts zu tun? Nein, natürlich nicht. 100% bedeutet, dass es keine Reserve für Krankheitsausfälle, Klassenfahrten, Fortbildungen usw. gibt. 100% im Durchschnitt bedeutet, dass es Schulen gibt, die auch ohne jegliche Ausfälle den Unterricht nicht mehr vollständig erteilen können, weil sie unter 100% liegen. Das betrifft vor allem Grundschulen und Gemeinschaftsschulen, insbesondere die ohne Oberstufe.

Es sollen Stunden in der Kontingenzstundentafel gestrichen werden, die von der KMK nicht vorgeschrieben sind. Was vernünftig klingt verschärft die Schieflage zwischen den weiterführenden Schulformen zulasten der Gemeinschaftsschulen. Denn hier gibt es mehr Stunden, die gestrichen werden können, vor allem im musischen und im Wahlpflichtbereich. Diese Fächer sind jedoch ein wichtiger Baustein für eine positive Schulkultur. Einer der wichtigen Faktoren, der verhindert, dass Schüler\*innen Schulen ohne Abschluss verlassen, sind musische Fächer.

Aber diese Maßnahme hat noch weitere negative Auswirkungen, wiederum vor allem für die Gemeinschaftsschulen: Die Schulen erhalten die Lehrkräfte nicht pro Schülerin oder Schüler, sondern nach dem zu erteilenden Unterricht. Wird in der Kontingenzstundentafel der Gemeinschaftsschulen gestrichen, erhalten diese weniger Lehrkräfte. Das heißt, für alle pädagogischen und unteilbaren Aufgaben wird die Versorgung schlechter.

Dies alles vor dem Hintergrund, dass die Gemeinschaftsschulen schon jetzt schlechter versorgt sind als die Gymnasien. Sie haben die größeren pädagogischen Aufgaben, insbesondere in der Versorgung von Schüler\*innen nicht-deutscher Muttersprache und der Inklusion. Da passt es ins Bild, dass eine Stelle zum Aufbau eines Kompetenzzentrums Inklusion auch dem Rotstift zum Opfer fällt.

Seite 1(2)

Diese Kürzungen verschärfen die tiefe Bildungsungerechtigkeit, die bereits jetzt in unserem Land herrscht.

Noch vor wenigen Monaten wurde das Startchancenprogramm begrüßt. Durch die Einführung eines Sozialindex ist es ein wichtiger Baustein zu einer gerechteren Verteilung der Mittel. Aber über das Startchancenprogramm werden lediglich etwa 3,2 Millionen Euro im Jahr ausgeschüttet. Dagegen steht allein die Absenkung der Unterrichtsversorgung für eine Ersparnis von 8 Millionen Euro, die die Gemeinschaftsschulen besonders hart trifft.

Die Landesregierung rühmt sich, trotz schwieriger Lage zu investieren und nur dort zu sparen, wo dies unerlässlich und vertretbar sei. An den Gemeinschaftsschulen sind die Herausforderungen extrem hoch und es fehlt schon jetzt an Lehrkräften. Die Grenze der Belastung ist an vielen Orten überschritten. Die Ergebnisse von Leistungstests zeigen eine schwere Bildungskrise. In dieser Situation muss investiert werden. Einsparungen hingegen bedeuten Einsparungen an der Zukunft der Kinder.

Hier darf Finanzpolitik nicht einem seelenlosen Spardiktat folgen. Sie muss Lösungen suchen und finden: Einen gerechten Beitrag derjenigen, die ihn leisten können und eine Abkehr von einer Schuldenbremse, die längst zur Zukunftsbremse geworden ist.

Johann Knigge-Blietschau  
Co-Vorsitzender GGG-SH  
Für den Landesvorstand